

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Das Problem des vagabundierenden Plutonium aus Rußland muß vor Ort gelöst werden. Die EU muß den Russen dabei helfen, rät Rolf Linkohr MdEP.

Seite 1

Geringe Verbesserung der Wasserqualität darf nicht über den immer noch zu hohen Verschmutzungsgrad hinwegtäuschen, warnt Susanne Kastner MdB.

Seite 2

Verstärkte Betriebsprüfungen dürfen nicht länger zu finanziellen Nachteilen der Länder führen, fordert Joachim Poß MdB.

Seite 3

Der Ausbildungs- und Arbeitsmarkt bleibt immer mehr Jugendlichen verschlossen, klagt Ottmar Schreiner MdB.

Seite 4

49. Jahrgang / 159

19. August 1994

EU muß den Russen helfen

Deutsche Ratspräsidentschaft muß Initiative ergreifen

Von Rolf Linkohr MdEP

Im Rahmen seiner Haushaltsbefugnisse hatte das Europäische Parlament seit 1992 Mittel in Höhe von 1,1 Millionen ECU zur Verfügung gestellt, damit die EU im Rahmen von Seminaren und Praktika russischen Fachleuten beim Aufbau eines wirksamen Kontrollsystems für Spaltmaterial hilft. Da der Ministerrat bislang kein Interesse an einer gesetzlichen Grundlage für eine solche Aktion zeigte und die Kommission eine solche auch nicht vorgeschlagen hatte, muß das Parlament erneut tätig werden, damit die Mittel bereitgestellt werden. Ich gehe davon aus, daß derzeit 1,8 Millionen ECU sinnvoll ausgegeben werden können und will sie bei den jährlichen Haushaltsberatungen beantragen. Mit diesem Geld kann in einigen russischen Nuklearinstituten mit der exakten Inventur von spaltbarem Material modellhaft begonnen werden. Einfacher und langfristig sinnvoller wäre es allerdings, wenn die Kommission einen formalen Vorschlag für eine umfassende und auf Jahre angelegte Aktion machen würde, damit in Rußland und in anderen GUS-Republiken ein EURATOM-ähnliches Überwachungssystem aufgebaut werden kann. Aus unverständlichen Gründen ist dies bislang nicht geschehen. Das Initiativrecht liegt nun mal bei der Kommission und leider nicht beim Parlament. Nach meinem Eindruck wären die Russen - entgegen manchen offiziellen Äußerungen - durchaus zum Aufbau einer von den Betreibern der Nuklearanlagen unabhängigen Überwachungsbehörde bereit, da sich auch dort die Fachleute über das hohe Risiko der Verbreitung von spaltbarem Material bewußt sind.

Die deutsche Bundesregierung ist aufgefordert, ihre derzeitige Ratspräsidentschaft zu nutzen, damit eine EU-Rechtsgrundlage zur Hilfestellung für den Aufbau einer Atom-Überwachungsbehörde in den GUS-Staaten geschaffen wird. Schließlich kann der Rat die Kommission formal zu einer Initiative auffordern. Dann fällt es in Zukunft auch leichter, die dafür nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Längerfristig dürfen die Kosten allerdings weit mehr als 1,8 Millionen ECU im Jahr betragen. Die Europäische Union könnte ihre Erfahrung zur Verfügung stellen, die sie seit 1958 - dem Inkrafttreten des

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 1901 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Veränderten Umfang
mit unseren Kreislesern
Reaktion



EURATOM-Vertrags - gesammelt hat. Wichtig für das Funktionieren einer Atomüberwachung - nennen wir sie der Einfachheit halber einmal GUSATOM - wäre allerdings, daß sich ihr alle GUS-Republiken anschließen.

Im Übrigen ist nach Artikel 86 des Euratom-Vertrags das in Deutschland sichergestellte spaltbare Material juristisch gesehen Eigentum der Europäischen Union. Ich gehe davon aus, daß es im Karlsruher Institut für Transurane, das zur Gemeinsamen Forschungsstelle (GFS) der Europäischen Kommission gehört, unter Safeguard-Bedingungen aufbewahrt wird. Erneut zeigt es sich, wie wichtig es für die Europäische Union ist, über ein unabhängiges Forschungsinstitut von der Qualität und der Kompetenz des Instituts für Transurane zu verfügen. Auch im vierten Forschungsrahmenprogramm muß deshalb die GFS in ihrer Unabhängigkeit und ihrer wissenschaftlichen Kompetenz gestärkt werden.

(-/19. August 1994/hgs/fr)

Prestige-Kläranlagen verteuern sauberes Wasser

Bundesregierung täuscht Öffentlichkeit über Gewässerqualität und lenkt von Versäumnissen ab

Von Susanne Kastner MdB

Nach dem Bericht der Bundesregierung ist im Gewässerschutz alles bestens: "Gütezustand der Fließgewässer verbessert, Trinkwasserqualität auf hohem Niveau." In der Pressemitteilung vom BML und BMU wird dies als Erfolg der Gewässerschutzpolitik der letzten Jahre dargestellt. So wurde es dann auch in allen Medien im Sommerloch transportiert.

Wir freuen uns alle, daß Verbesserungen im Gütezustand der Flüsse durch die Anstrengungen der Städte und Gemeinden sowie der Industrie erreicht werden konnten. Wir alle haben durch höhere Abwassergebühren ein wenig dazu beigetragen.

Folgende Tatsachen dürfen aber nicht verdrängt werden:

- Tatsache ist, daß zum Beispiel der Rhein noch mit einer Jahresfracht von 16.800 Tonnen Ammonium-Stickstoff, 890 Tonnen Chlorverbindungen, 3,7 Tonnen Atrazin, 3,2 Tonnen Quecksilber und 5,9 Tonnen Cadmium belastet wird. Auch das Grundwasser, die Trinkwasserbrunnen und die Nordsee werden weiterhin entsprechend mit Nitrat und giftigen Wirkstoffen verseucht.
- Tatsache ist, daß es keine Trendwende bei der zunehmenden Belastung des Grundwassers mit Nitrat und bei den Stickstoffbelastungen, die aus der Landwirtschaft und dem Autoverkehr kommen, gibt.
- Tatsache ist, daß die Grundwasserversauerung in einigen Regionen ebenfalls zunimmt, mit entsprechend großen Problemen für die Wasserversorgung.
- Tatsache ist, daß die Belastung der Gewässer und des Trinkwassers mit Pflanzenschutzmitteln immer noch zu hoch ist. Durch europäische Richtlinien drohen hier sogar noch Verschlechterungen, da die höheren WHO-Grenzwerte für Wassernotstandsgebiete für die Zulassung von Pestiziden zugrunde legen will und dadurch zum Beispiel Atrazin wieder angewendet und ins Grundwasser gelangen würde.

Die Bundesregierung hat es bis heute versäumt, die Schadstoff- und Nährstoffbelastung der Gewässer und insbesondere des Grundwassers, die aus der Intensiv-Landwirtschaft und dem Autoverkehr kommen, drastisch einzuschränken. Die begrüßenswerte, hohe Trinkwasserqualität wird daher nur zu immer höheren Kosten und damit Gebühren aufrecht zu erhalten sein.

Die viel zu späte Festlegung von Rahmenbedingungen für die Einhaltung der Anforderungen an die Abwasserreinigung nach dem Stand der Technik führt jetzt zu einem kostenträchtigen Nachholbedarf beim Bau und bei der Sanierung der Kläranlagen, der zusammen mit der überfälligen Sanierung der maroden Kanalsysteme zu sprunghaft steigenden Abwassergebühren führt.

Dies zeigt: nicht durchgeführter Umweltschutz wird teuer für uns und unsere Kinder. In den neuen Ländern zeigt sich das noch drastischer als in den alten. Mit der Förderung überteuerter Prestigeobjekte im Kläranlagenbau hat die Bundesregierung davon abgelenkt, daß eine von der SPD geforderte

stärkere Förderung der vielen kleinen, dezentralen Projekte im Kläranlagenbau und bei der Trinkwasseraufbereitung verweigert wurde. Hohe, zum Teil nicht mehr hinnehmbare Abwasser- und Trinkwassergebühren sind die Folge.

Die SPD fordert die Bundesregierung auf, kurzfristig ein von den Ministern für Umwelt, Gesundheit und Landwirtschaft getragenes Gesamtkonzept "Wasserschutz" vorzulegen, in dem auf der Grundlage einer ehrlichen Bestandsaufnahme über die zum Teil besorgniserregende Gewässerqualität wirksame Schritte zur Verminderung der Schadstoff- und Nährstoffeinträge sowie zur Verbesserung der Gewässerqualität und zur Sicherung einer hohen Trinkwasserqualität vorgelegt werden.

Mit den Ländern und Kommunen sowie den betroffenen Verbänden muß dieses Wasserschutzkonzept abgestimmt und schnellstmöglich umgesetzt werden.

Der notwendige vorsorgende Gewässer- und Trinkwasserschutz muß in Deutschland Vorrang vor kurzfristigen Wirtschaftsinteressen haben. Während der deutschen Ratspräsidentschaft muß die Bundesregierung diese Forderung auch in der Europäischen Union mit Nachdruck vertreten.

Stagnation oder gar Rückschritte im Gewässerschutz müssen heute im Interesse unserer Kinder und der natürlichen Lebensgrundlagen verhindert werden. Der EG-Trinkwassergrenzwert für Pestizide von 0,1 Mikrogramm/Liter muß verteidigt werden. Pestizide haben weder im Trinkwasser noch in Grundwasser, Talsperren und Flüssen etwas zu suchen. Der Nitratgehalt muß unter 25 Mikrogramm/Liter gehalten werden. Dies ist aus gesundheitlichen, ökologischen und wirtschaftlichen Gründen notwendig.

(-/19. August 1994/hgs/fr)

Verstärkte Betriebsprüfungen dürfen nicht länger zu finanziellen Nachteilen der Länder führen

Von Joachim Poß MdB

Finanzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Das von den Betriebsprüfern 1993 erzielte Mehrergebnis von 13,6 Milliarden Mehrsteuern belegt erneut, welche Bedeutung der Kampf gegen den Mißbrauch von Steuervergünstigungen und gegen Steuerhinterziehung hat. Wenn diese Betriebsprüfungen nicht durchgeführt würden, müßten entweder die ehrlichen Steuerzahler und vor allem die Arbeitnehmer, bei denen die Lohnsteuer direkt vom Arbeitgeber einbehalten wird, durch Steuererhöhungen noch mehr zur Kasse gebeten werden oder die ohnehin besorgniserregend hohe Staatsverschuldung würde noch weiter nach oben klettern.

Der Kampf gegen Steuerumgehungen und Steuerhinterziehung liegt daher im Interesse unseres Gemeinwesens. Trotz des Betriebsprüfungsergebnisses bleibt - wie alle Fachleute immer wieder bestätigen - noch viel zu tun. Es ist daher verwunderlich, daß ausgerechnet der Bundesfinanzminister sich gegen einen weiteren Ausbau der Betriebsprüfungsdienste wendet. Zwar kann das durchschnittliche Ergebnis von einer Million Mehrsteuern je Betriebsprüfer bei der Einstellung zusätzlicher Prüfer nicht einfach hochgerechnet werden. Nach einer vor kurzem abgeschlossenen Untersuchung einer Arbeitsgruppe der zuständigen Länderfinanzverwaltung wäre aber sehr wohl mit Mehreinnahmen je zusätzlichem Betriebsprüfer in der Größenordnung von 400.000 bis 500.000 DM jährlich zu rechnen. Dies ist ein Vielfaches dessen, was ein zusätzlicher Betriebsprüfer den Staat kostet.

Wenn dennoch von den Ländern nicht mehr Betriebsprüfer eingestellt sondern sogar in den letzten vier Jahren rund 1.000 Betriebsprüfer "eingespart" wurden, so hat dies einen nachvollziehbaren Grund: Das bestehende System des Länderfinanzausgleichs führt nämlich dazu, daß die von einem Land erzielten Mehrsteuern entweder zusätzlich abgeführt werden müssen oder daß dieses Land weniger Ausgleichsleistungen erhält. Dagegen hat ein Land die Kosten für zusätzliche Betriebsprüfer in vollem Umfang selbst zu tragen. Im Vergleich zu anderen Bundesländern hat daher das Land, das seine Finanzverwaltung verstärkt, im Ergebnis einen finanziellen Nachteil. Dies ändert sich zwar ab 1995 insoweit geringfügig, als den Ländern mit überdurchschnittlichen Steuereinnahmen ein kleiner Teil der erzielten Mehreinnahmen verbleibt. Damit ist aber eine grundsätzliche Lösung dieses Problems, das sich als ein entscheidendes Hindernis für eine Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Finanzverwaltung darstellt, immer noch nicht erfolgt.

Im Rahmen eines konzentrierten Aktionsplans von Bund und Ländern zu Bekämpfung von Steuermissbrauch und Steuerhinterziehung muß daher auch nach neuen Lösungen gesucht werden, wie die hemmenden Effekte des Länderfinanzausgleichs überwunden werden können. Dabei sollte meines Erachtens insbesondere untersucht werden, ob der Länderfinanzausgleich von den bisherigen Brutto-Steuererträgen auf "Netto-Steuererträge" umgestellt werden sollte, das heißt, von den Steuererträgen der einzelnen Länder sind die Kosten für die Steuererhebung (die Kosten der Finanzverwaltung) abzuziehen. Ein Land, das seine Finanzverwaltung verbessert und hierfür höhere Ausgaben hat, würde damit im Länderfinanzausgleich nicht weiter benachteiligt. Auch der Bundesfinanzminister, der von einer Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Länderfinanzverwaltungen über seinen Anteil an den Gemeinschaftssteuern direkt profitiert, müßte hieran ein eigenes Interesse haben.

(-/19. August 1994/hgs/fr)

Unsere ausgegrenzte Jugend

Der Ausbildungs- und Arbeitsmarkt bleibt immer mehr Jugendlichen verschlossen

Von Otfried Schreiner MdB

Sozialpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Trotz konjunktureller Erholung zeichnet sich ab, daß wir vor einer dramatischen Verschärfung der Situation Jugendlicher auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt stehen:

- Bereits 1993 sank die Zahl der gemeldeten Ausbildungsplätze in Deutschland insgesamt um 7,6 Prozent und damit um fast 55.000 Stellen, während gleichzeitig die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber um 21.000 oder mehr als fünf Prozent gegenüber dem Vorjahr anstieg.
- Bis zum Juni 1994 waren allein in Westdeutschland insgesamt 539.000 Ausbildungsstellen und damit 16,7 Prozent weniger als im Vorjahr gemeldet, während die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber um 8,4 Prozent zunahm.
- In Ostdeutschland gab es zwar im gleichen Zeitraum einen leichten Anstieg (um sechs Prozent der Ausbildungsstellen) auf 86.000, dem stand allerdings eine um 20 Prozent gestiegene Anzahl von Bewerberinnen und Bewerbern und damit 156.500 Jugendliche, die einen Ausbildungsplatz suchen, gegenüber.
- Ende Juli 1994 waren bundesweit immer noch circa 200.000 Jugendliche ohne Ausbildungsstelle, davon allein rund 50.000 in den neuen Bundesländern.

Eine vergleichbar dramatische Entwicklung zeigt sich beim Übergang von der Berufsausbildung ins Beschäftigungssystem, der sogenannten zweiten Schwelle.

- Im Juli 1994 mußten sich 114.000 junge Fachkräfte (West: 87.640, Ost: 25.700) nach Abschluß ihrer Ausbildung arbeitslos melden.
- Auch hier ist der Trend mehr als bedrohlich: 1992 waren im Westen 57.000 junge Menschen nach ihrer Ausbildung arbeitslos. Die Zahl stieg bereits 1993 auf 75.000 und wird in diesem Jahr nach heutigem Stand bei etwa 100.000 jungen Fachkräften liegen. Damit würden sogar die Negativzahlen von Mitte der 80er Jahre deutlich übertroffen.
- Bundesweit waren Ende Juli insgesamt 493.700 Jugendliche unter 25 Jahren (West 362.700, Ost 131.000) arbeitslos gemeldet, was eine deutliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr bedeutet.

Besonders betroffen waren Jugendliche ohne Schul- und Ausbildungsabschluß, junge Ausländer und junge Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen oder Behinderungen.

Gleichzeitig stieg die Zahl der Sozialhilfeempfänger unter jungen Menschen dramatisch. Bereits heute sind in vielen Städten mehr als ein Drittel aller Sozialhilfeempfänger jünger als 25 Jahre.

Die Jugendarbeitslosigkeit muß in einer gemeinsamen Kraftanstrengung von allen Verantwortlichen bekämpft werden. Doch zu einer konzentrierten Aktion ist diese Bundesregierung nicht fähig.

(-/19. August 1994/hgs/fr)
